

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen
am Donnerstag, **17.11.2005**, 17:10 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

SprecherInnen und stellvertretende SprecherInnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Frau Maria Albrecht, Herr Alex Engels, Herr Wulf Greiling, Frau Beate Holstein bis 19.20 Uhr, Frau Dr. Ursula Hoppe, Herr Oliver Knocke, Herr Otmar Knüvener, Frau Nadja Lammers, Herr Burkhard Leydag, Frau Gabriele Markerth bis 19.10 Uhr, Frau Bettina Merschieve (Vertretung für Herrn Andreas Roters-Rüskamp), Frau Angela Möllers, Frau Maria Pinke, Herr Franz-Josef Sauer, Herr Rolf Weckesser, Frau Elisabeth Wibben,

von der CDU-Fraktion

Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Frau Marianne Koch,

von der FDP-Fraktion

Herr Matthias Gruber, Frau Gisela Schulze Horn,

von der Verwaltung

Herr Thomas Schulze auf'm Hofe,

für die Schriftführung

Frau Doris Rüter,

GebärdensprachdolmetscherInnen

Frau Marja Hummert,
Herr Matthias Sündermann

Gäste

Frau Engels (Begleitung von Herrn Engels),
Frau Henn (Mitglied AG 2)

Es fehlten:

Herr Heinrich Bödding, Herr Ulrich Hohenbrink, Frau Brigitte von Schoenebeck

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen
17.11.2005
öffentlich

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|----|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0798/2005</u>
V | 3. | Wohnen im Alter, Fortschreibung 2005 |
| <u>V/0716/2005</u>
V | 4. | Änderung der Geschäftsordnung der Pflegekonferenz Münster in "Grundsätze für die Arbeit der Pflegekonferenz" |
| <u>V/0819/2005</u>
I | 5. | Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster |
| | 6. | Berichte aus den Arbeitsgruppen (Schwerpunkt: Arbeitsgruppe 3) |
| | 7. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 8. | Verschiedenes |

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Frau Koch informierte über den Einsatz der FM-Anlage in den Sitzungen der KIB. Die Anlage wird vom Amt des Rates und des Oberbürgermeisters verwaltet und kann für die Sitzungen städtischer Gremien ausgeliehen werden.

Es ist zukünftig in den Sitzungen der KIB darauf zu achten, dass jeweils nur die Person spricht, die gerade das Mikrofon in der Hand hält.

Herr Gruber erklärte sich bereit, das Mikrofon während der Sitzung weiterzugeben.

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich

Frau Rüter informierte:

2.1 Antrag der KIB vom 15.09.2005 zur Vorlage V/0695/2005: Zustimmung zum Bau einer mobilen Parkpalette am Parkplatz Georgskommende

Der Antrag der KIB wurde vom Hauptausschuss nicht aufgegriffen. Der Ausschuss folgte damit der Einschätzung der Planungsverwaltung, dass der Antrag den Beschlusstext der Vorlage lediglich bezüglich der gewünschten Behindertenparkplätze ergänzt, ihn aber nicht in Frage stellt.

Die Verwaltung wird das Anliegen der KIB jedoch unabhängig von der Beschlussfassung aufnehmen. Im Nachgang zu der Beratung in der KIB hat die Planungsverwaltung zusammen mit der WBI den Aspekt Behindertenparkplätze im Detail geprüft. Vorgesehen ist nun, zwei Behindertenparkplätze auszuweisen (Stellplätze 3-5), die ebenfalls den von der KIB genannten Kriterien genügen. Sofern sich ein größerer Bedarf zeigt, könnten zu einem späteren Zeitpunkt auch die benachbarten Stellplätze Nr. 1 bis 2 als Behindertenparkplätze ausgewiesen werden. Anders als beim Vorschlag der KIB benötigen diese Plätze keine zusätzliche Überdachung mit weiteren Kosten (siehe auch Protokoll der Ratssitzung vom 21.09.2005, Punkt 20 der Tagesordnung).

2.2 Barrierefreie Schulen im Stadtbezirk Münster-Mitte: Prüfauftrag der Bezirksvertretung Münster-Mitte an die Verwaltung

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Mitte wurde die Verwaltung beauftragt, eine Liste aller nicht behindertengerecht ausgebauten Schulen im Stadtbezirk Mitte zu erstellen und diese anhand geeigneter Indikatoren zu priorisieren. Frau Rüter wird die Liste auch den Mitgliedern der KIB zuleiten.

2.3 Vorlage: Jugendarbeitslosigkeit – Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II V/0646/2005

Die Vorlage, zu der Herr Sauer und Frau Pinke für die Arbeitsgruppen 3 und 1 der KIB eine Stellungnahme abgegeben hatte, wird erst in 2006 beraten. Frau Rüter hat Frau Dr. Ringbeck gebeten, die KIB in die Beratungskette einzubinden.

2.4 Projekt „Agentur barrierefrei“

Der Landesbehindertenrat und das Forschungsinstitut Technologie Behindertenhilfe führen das zweijährige Projekt „Agentur barrierefrei“ durch. Hauptziel des Projektes ist es, die Behinderten-Selbsthilfe auf Wunsch dabei zu unterstützen, Barrierefreiheit auch in den bereits gestalteten Lebensbereichen in der Kommune (bestehende ältere Ge-

bäude, aber auch Haltestellen, Ampeln usw.) voranzutreiben, u.a. durch das im Behindertengleichstellungsgesetz NRW vorgesehene Instrument der Zielvereinbarung.

Frau Rüter hat Kontakt zu den Projektpartnern aufgenommen und das Interesse der Stadt Münster an einer Zusammenarbeit bekundet.

Frau Holstein regte an, dass das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt auch in der KIB vorgestellt wird.

2.5 Selbstständiges Wohnen behinderter Menschen – Individuelle Hilfen aus einer Hand – Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung

Der vom Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW erstellte Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Projekt: Selbstständiges Wohnen behinderter Menschen – Individuelle Hilfen aus einer Hand – liegt vor. Er ist unter www.mags.nrw.de/soziales/material/zwischenbericht-selbststaendig-wohnen.pdf im Internet abzurufen.

2.6 Informationen zum Weihnachtsmarkt

Die Koordinierungsstelle für Behindertenfragen hat, ausgehend von einer Anfrage von Frau Koch zum Thema Parkplätze während des Weihnachtsmarktes, Informationen rund um den Weihnachtsmarkt für behinderte Menschen zusammengestellt. Das Informationsblatt wurde verteilt. Frau Rüter bat darum, ggf. bestehende Anregungen dazu an sie weiterzugeben.

2.7 Veröffentlichungen

- Die neue Broschüre der Koordinierungsstelle für Behindertenfragen „Arbeit und Behinderung“ wurde mit den Unterlagen für die Sitzung zugeschickt, ebenso die aktualisierte Ausgabe der Liste: Urlaubs- und Ferienangebote für Menschen mit Behinderungen und SeniorInnen in Münster“.
- Die Tagungsdokumentation der Zukunftskonferenz in Rheinsberg im Jahr 2004 „Zukunft braucht Teilhabe“ wurde ausgelegt.

2.8 Termine

- Die Ausstellung „Engel berühren“ ist noch bis zum 04.12.2005 in Wolbeck zu sehen. Die Flyer wurden den KIB-Mitgliedern zugeschickt.
- Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen der KIB am 08.12.2005:

Alle Vereine, Verbände, Gruppen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen in Münster sowie alle Mitglieder der fünf Arbeitsgruppen der KIB haben eine Einladung erhalten. Bisher haben sich ca. 75 Personen angemeldet.

- Am 09.12.2005 stellt der Verein Zugvogel e.V. den neuen „Reiseführer Münster in leichter Sprache“ im Gesundheitshaus vor. Die Einladung wurde während der Sitzung verteilt.
- Am 16.12.2005 findet anlässlich des 10-jährigen Bestehens die Jubiläumsfeier des Netzwerkes Frauen und Mädchen mit Behinderung NRW im Franz-Hitze-Haus in Münster statt.
- Das Theaterpädagogische Zentrum bietet unter dem Titel: „Ich und die anderen“ eine 5-tägige integrative Osterferienwoche für Mädchen mit einer Körperbehinderung und ihre Begleitung an (Termin: 18.–22.04.06, Anmeldung bis spätestens 15.01.06; Ort: Evangelische Jugendbildungsstätte Nordwalde
Kosten pro Person: 150,- € (zuzügl. Anfahrt); Anmeldung und weitere Infos unter: 0251 – 928 40 26). Flyer wurden zur Mitnahme ausgelegt.
- Die Termine für die Sitzungen der KIB in 2006 wurden mit der Einladung zugeschickt.

Frau Koch informierte:

2.9 Dinner im Dunkeln

Frau Koch berichtete von ihrer Teilnahme am Dinner im Dunkeln, das die Halle Münsterland und der Blinden- und Sehbehindertenverein Münster durchgeführt haben. Sie lobte die Aktion, die es nicht behinderten Menschen ermöglichte, ein besseres Verständnis für die Situation blinder Menschen zu bekommen.

2.10 Rauchfreies Rathaus

Frau Koch informierte über ihre Gespräche in dieser Angelegenheit und teilte mit, dass der Oberbürgermeister zugesichert habe, Rauchfreiheit im Stadtweinhaus vorzusehen, sofern sich hier eine einvernehmliche Lösung finden lasse.

Frau Koch wies ferner darauf hin, dass aus Anlass der Sitzung der KIB im Stadthaus 2 bereits morgens mehrere Plakate mit dem Hinweis, nicht zu rauchen, im Gebäude aufgehängt wurden. Die Rauchfreiheit in anderen städtischen und sonstigen Gebäuden sei ausgehend von der Lösung für das Stadtweinhaus nach und nach ebenfalls anzustreben.

2.11 Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den städtischen Beteiligungen

Frau Koch berichtete, dass trotz ihrer Anregung im Vorjahr auch in diesem Jahr in dem Bericht über die städtischen Beteiligungen keine Angaben zur Beschäftigungssituation

schwerbehinderter Menschen enthalten waren. Die Anregung soll zukünftig beachtet werden.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0798/2005**

Wohnen im Alter, Fortschreibung 2005

Herr Schulze auf'm Hofe stellte die wesentlichen Inhalte der Vorlage vor und informierte über die vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschlossenen Änderungen und Ergänzungen zum Beschlussvorschlag.

Herr Knüvener stellte den mit der Einladung versandten Änderungsantrag der AG 2 vor und sprach sich dafür aus, dass die KIB die vom ASGAF beschlossenen Änderungen unterstützt, diese aber um die Anliegen der AG 2 ergänzt. Die KIB stimmte diesem Vorschlag zu.

Die KIB beschloss, dem Hauptausschuss die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen (vom ASGAF beschlossene Änderungen sind fett gedruckt; von der KIB zusätzlich eingebrachte Änderungen sind fettgedruckt und unterstrichen).

Beschlussvorschlag:

1. Angesichts der Zunahme des Anteils älterer Menschen in Münster, ist es erforderlich, Wohn- und Hilfeangebote nachfragegerecht bereitzustellen. Diese Angebote sind mit dem Ziel einer generationengerechten Stadtentwicklung auf die individuellen Lebens- und Bedürfnislagen älterer Menschen auszurichten. **Sie sollen darüber hinaus der wachsenden Nachfrage von barrierefreiem Wohnraum und Dienstleistungsangeboten von Menschen mit Behinderung, unabhängig von ihrem Alter, entsprechen.**
2. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - 2.1 den Runden Tisch für Wohnprojekte und Initiativen systematisch sowohl zu einer Informationsbörse für interessierte Gruppen, Wohnungsunternehmen, bei Bedarf mit sozialen Trägern und Pflegeeinrichtungen zu ergänzen, als auch zu einer Ansprech- und Servicestelle für Initiativen und Projekte weiterzuentwickeln,
 - 2.2 die Weiterentwicklung von Wohnformen im Alter gemeinsam mit den pflegerischen Diensten und Einrichtungen im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung im zweiten Halbjahr 2006 und danach jährlich darzustellen,
 - 2.3 **die in Handorf im Rahmen des Feldversuchs durchgeführte Untersuchung an Hand einer eingehenden Bedarfserhebung unter angemessener Einbeziehung überörtlicher Erfahrungen zu vertiefen und ebenfalls bei anderen neuen Standorten mit Wohn- und Pflegeangeboten durchzuführen sowie den in Handorf und anderen Stadtteilen exemplarisch umgesetzten quartiersbezogenen Ansatz, soweit möglich und sachgerecht, auf andere Stadtteile Münsters mit der Perspektive zu übertragen, Wohnangebote für Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Strategie „Neues Wohnen im Bestand“ zu schaffen,**

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich

- 2.4** die erweiterten Möglichkeiten der Wohnraumförderung **und weiterer Förderprogramme** des Landes NRW an der Schnittstelle von Wohnen und Pflege bei der Investorenberatung gezielt aufzugreifen, um die Vielfalt nachfragegerechter Wohnformen für Seniorinnen und Senioren **sowie für Menschen mit Behinderung** bedarfsgerecht weiterzuentwickeln; **insbesondere die damit angesprochenen neuen Wohnformen „Gruppenwohnungen“ bzw. „Wohn- und Hausgemeinschaften“ sind geeignete Formen, um auch eine wohnquartiersbezogene Versorgung stadtweit zu erreichen,**
- 2.5** Dienstleistungspools und Betreutes Wohnen in die Entwicklung neuer Kooperationsformen im Sektor Service-Wohnen zu Hause, auch in Verbindung von professionellen Dienstleistungen mit ehrenamtlichen Tätigkeiten und Initiativen sowie mit der Wohnungswirtschaft zu entwickeln,
- 2.6** im Rahmen der Bauleitplanung für jedes neue Baugebiet zu prüfen, ob für den jeweiligen Stadtteil ein Bedarf für seniorengerechtes Wohnen besteht und ggf. Flächen dafür vorzusehen bzw. Wohnmöglichkeiten im Bestand zu schaffen; die Verwaltung wird bei entsprechendem Bedarf um Prüfung gebeten, inwieweit bei bestehenden Bebauungsplangebietes im Wohnbestand im Sinne einer seniorengerechten Anpassung Bedarf besteht und gegebenenfalls für eine Umsetzung sorgen. **Die Verwaltung wird ferner gebeten, die Initiativen durch Auswahl und Bereitstellung geeigneter Grundstücke zu fördern, um abseitige Lagen solcher Wohnanlagen in den Stadtteilen zu verhindern.**
- 2.7** Die Verwaltung prüft mit der Wohnungswirtschaft und den Stiftungen konkrete Projektansätze sowohl im Bereich „Wohnen im Bestand“ als auch in Neubaugebieten mit dem Ziel, beispielhaft neue Wohnformen für Senioren zu realisieren.
- 3.** Der stadtreionale Handlungsansatz, Förderinitiative Wohnen im Alter, wird befürwortet; die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den Umlandgemeinden den Handlungsansatz weiterzuentwickeln.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0716/2005**

Änderung der Geschäftsordnung der Pflegekonferenz Münster in "Grundsätze für die Arbeit der Pflegekonferenz"

Frau Rüter stellte die wesentlichen Inhalte der Vorlage und die vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung auf der Grundlage eines fraktionsübergreifenden Antrags von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP beschlossenen Änderungen vor. Der Antrag lag den Mitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Knocke beantragte, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die im Landespflegegesetz NW vorgesehene Vertretung der Selbsthilfegruppen nicht durch die Münsteraner Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfe (miks), sondern durch eine Selbsthilfegruppe erfolgt. Er schlug vor, dass das Selbsthilfeforum einen Vertreter aus

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich

einer Selbsthilfegruppe wählt.

Frau Markerth regte an, die Pflegekonferenz um einen zusätzlichen Sitz für die Selbsthilfegruppen zu erweitern, damit auch die miks als zentrale und neutrale Anlaufstelle für die Selbsthilfegruppen zukünftig weiter in der Pflegekonferenz präsent ist. Im folgenden erklärte Frau Markerth ihre Befangenheit zu dem Tagesordnungspunkt und enthielt sich der weiteren Diskussion und Abstimmung.

Frau Rüter informierte, dass, gemessen an der Zahl der Selbsthilfegruppen in Münster, nur wenige Gruppen aktiv an dem Selbsthilfeforum teilnehmen und sich von diesen wiederum nur wenige mit dem Thema Pflege beschäftigen. Vor diesem Hintergrund regten Frau Dr. Hoppe und Herr Knocke an, das Thema „Mitarbeit in der Pflegekonferenz“ in die Einladung zum nächsten Selbsthilfeforum aufzunehmen, damit möglichst alle an diesem Thema interessierten Gruppen dann auch an der Sitzung teilnehmen und die Wahl einer Vertretung möglich ist.

Herr Gruber regte an, die Entscheidung, ob eine Selbsthilfegruppe die Vertretung der Selbsthilfe in der Pflegekonferenz übernimmt oder das Selbsthilfeforum die miks damit beauftragt, den Selbsthilfegruppen zu überlassen. Vor diesem Hintergrund schlug Frau Koch vor, den Beschlussvorschlag des ASGAF in Ziffer 3 um folgenden Punkt zu ergänzen:

Für die Selbsthilfegruppen entsendet das Selbsthilfeforum einen Verteter/eine Vertreterin.

Die KIB schloss sich diesem Antrag einstimmig an.

Im Folgenden ließ Frau Koch über den Beschlussvorschlag in der geänderten Form (Änderungen laut fraktionsübergreifendem Antrag im ASGAF und Änderungsantrag der KIB) abstimmen.

Die KIB beschloss, dem Hauptausschuss die Annahme des Beschlussvorschlages der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen (vom ASGAF beschlossene Änderungen sind fettgedruckt; die von der KIB zusätzlich eingebrachte Änderung ist fettgedruckt und unterstrichen):

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stimmt den in der Anlage 1 dargestellten Grundsätzen für die Arbeit der Pflegekonferenz Münster zu. Die Verwaltung wird beauftragt, diese **nach Maßgabe der Ziffern 2-4** mit der Konferenz umzusetzen.
2. **§ 2 der Grundsätze wird um folgende Punkte ergänzt:**
 - **Hinwirkung auf eine koordinierte Aufgabenwahrnehmung im Aufgabenfeld der an der Pflege beteiligten Akteure,**

- Mitwirkung an der Sicherung der qualitativen Weiterentwicklung der komplementären und pflegebegleitenden Hilfen,
 - Beteiligung an der Entwicklung neuer Wohn- und Pflegeformen im Sinne eines selbständigen und selbstbestimmten Wohnens im vertrauten Quartier sowie zielgruppenspezifischer Angebotsformen in der Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur,
 - Förderung der Beteiligung von Betroffenen an Fragen der zukünftigen Sicherung der Pflege,
 - Mitwirkung an einem ressortübergreifenden kommunalen Pflegediskurs für eine Weiterentwicklung der Wohn-, Pflege- und Hilfeangebote für pflegebedürftige Menschen.
3. Über die in § 3 der Grundsätze aufgeführten Institutionen hinaus entsenden jeweils ein Mitglied
- 3.1 (für Menschen mit geistiger Behinderung) die Regionalkonferenz zur Weiterentwicklung der Lebenswelten von Menschen mit geistiger Behinderung,
- 3.2 (für Menschen ausländischer Herkunft) der Ausländerbeirat sowie
- 3.3 (für die Kommunalpolitik) die Fraktionen.
- 3.4 Für die Vertretung der Heimbeiräte / Heimfürsprecher/innen entsendet die Arbeitsgemeinschaft Münsteraner Heimbeiräte eine Person ihres Vertrauens.
- 3.5 Um die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner neuer Wohnformen in die Pflegekonferenz einzubeziehen, wird die Pflegekonferenz ferner um diese Sparte erweitert; die Verwaltung wird beauftragt, mit der Pflegekonferenz ein geeignetes Rekrutierungsverfahren abzustimmen.
- 3.6 Für die Selbsthilfegruppen entsendet das Selbsthilfeforum einen Vertreter/eine Vertreterin.
- 3.7 § 3 der Grundsätze wird entsprechend geändert bzw. erweitert.
4. § 6 Absatz 2 der Grundsätze wird wie folgt gefasst: Die Sitzungen finden grundsätzlich öffentlich statt; soweit ein Beratungsgegenstand dies gebietet, wird nicht öffentlich beraten.

5. Im Rahmen der Jahresplanung befasst sich der Ausschuss einmal jährlich mit der Arbeit der Pflegekonferenz. Die Verwaltung informiert den Ausschuss in dieser Sitzung über das Jahresprogramm bzw. die Schwerpunktthemen der Pflegekonferenz. Die Verwaltung übermittelt der Pflegekonferenz Anregungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung.

Die Verwaltung informiert den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung jeweils im Anschluss an die Sitzungen der Pflegekonferenz über die Beratungsinhalte anhand einer standardisierten schriftlichen Überblicksskizze. Darüber hinaus hält die Verwaltung den Ausschuss über Aktivitäten und Vorhaben der Pflegekonferenz auf dem Laufenden. Der Ausschuss kann Anregungen an die Pflegekonferenz übermitteln.

Die Pflegekonferenz bezieht vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung verabschiedete Grundsätze und Leitlinien für den Sektor Pflege in ihre Arbeit ein.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0819/2005**

Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster

Herr Sauer informierte, dass die Arbeitsgruppe 3 sich in ihrer nächsten Sitzung am 07.12.2005 mit der Vorlage beschäftigt. Herr Goerke, der Leiter des Personal- und Organisationsamtes, wird an der Sitzung teilnehmen. Frau Rüter wird allen Mitgliedern der KIB eine Einladung zu der Sitzung zuschicken.

Zu der Vorlage wies Herr Sauer insbesondere auf folgende Aspekte hin:

Die Erhöhung der Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten hängt weniger mit Neueinstellungen sondern vielmehr damit zusammen, dass bereits Beschäftigte als schwerbehindert anerkannt wurden.

Die durchschnittlichen Ausgaben für die Ausstattung von Arbeitsplätzen schwerbehinderter Beschäftigter lagen bei 26 € pro beschäftigtem schwerbehinderten Menschen und sind damit nicht so positiv zu werten wie in der Vorlage beschrieben.

Andere Behörden in Münster weisen deutlich höhere Quoten auf, so insbesondere die Bezirksregierung mit einer Quote von 14 % für das Jahr 2004, aber auch die Oberfinanzdirektion (9,3 %), das Finanzamt Münster Außenstadt (8,6 %), das Finanzamt Münster-Innenstadt (9,8 %), das Obergerverwaltungsgericht (6,04 %), die Barmer Ersatzkasse, Landesgeschäftsstelle (8 %) und die Barmer Ersatzkasse, Regionalgeschäftsstelle (7,2 %). Die Quote der Uniklinik Münster liegt bei 4,8 %, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Bereich der pflegerischen Tätigkeiten ein Einsatz schwerbehinderter Menschen häufig schwierig ist.

Das Volumen der Auftragsvergaben an Werkstätten ist angesichts des Gesamtvolumens des städtischen Haushaltes für Sachausgaben gering.

Die durchschnittliche Beschäftigungsquote der 28 Kreise und kreisfreien Städte im Bereich des LWL betrug 2003 7,05 %. Die Stadt Münster bleibt im „Ranking“ weiter an zweitletzter Stelle.

Zu berücksichtigen ist auch, dass 5 % die gesetzliche **Mindest**-Beschäftigungsquote ist.

Frau Koch wies darauf hin, dass der Bericht erst sehr spät vorgelegt wurde und zukünftig eine frühere Berichterstattung wünschenswert sei. Ferner wies sie auf die schwierige Beschäftigungssituation für schwerbehinderte Menschen bei den städtischen Beteiligungen hin. Herr Sauer informierte dazu über die bisher erfolgten Besuche der Arbeitsgruppe 3 bei einigen Beteiligungen und stellte insbesondere die Verbesserung der Situation bei den Stadtwerken heraus.

Frau Markerth regte an, eine „Behindertenkonferenz“ zu dem Thema durchzuführen, ggf. in ähnlicher Form wie die Jugendkonferenz.

Frau Pinke berichtete in diesem Zusammenhang von einem Informationstag für schwerbehinderte SchülerInnen und ihre Eltern, der die Möglichkeit bot, sich über unterschiedliche Angebote zu informieren.

Herr Sauer wies darauf hin, dass ggf. auch das in Münster bestehende Netzwerk zum Thema Arbeit einbezogen werden könnte.

Frau Rüter bot an, den Vorschlag einer „Konferenz“ oder anderen Veranstaltung zum Thema Arbeit und Behinderung im Koordinierungsausschuss des Integrationsfachdienstes vorzustellen, da in diesem Gremium bereits die maßgeblichen Träger und auch die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer vertreten sind. Ferner regte sie an, das Thema ggf. im Rahmen des „Frühstücks der Wirtschaftsbetriebe“ aufzugreifen und dazu mit der Wirtschaftsförderung Münster GmbH Kontakt aufzunehmen. Frau Koch wird diesen Vorschlag beim nächsten Treffen der Wirtschaftsbetriebe unterbreiten.

Herr Sauer wird die kritischen Hinweise der KIB zum Bericht zur Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei der Stadt Münster in der Sitzung am 07.12.2005 an den Leiter des Personal- und Organisationsamtes der Stadt Münster weitergeben und mit seiner AG ggf. eine Stellungnahme für den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung oder ggf. einen Antrag an den Hauptausschuss vorbereiten.

Punkt 6 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen (Schwerpunkt: Arbeitsgruppe 3)

Arbeitsgruppe 3 (Schwerpunkt)

Das Protokoll der AG 3 vom 25.10.2005 wurde mit den Unterlagen zur Sitzung verschickt.

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich

Über die Arbeit der AG 3 hat Herr Sauer im Rahmen seiner Ausführungen zu TOP 5 berichtet.

Arbeitsgruppe 1

Das Protokoll vom 27.09.2005 wurde mit den Unterlagen zur Sitzung verschickt.

Arbeitsgruppe 2

Das Protokoll eines Gespräches einiger Mitglieder der AG 2 mit dem Direktorium der Raphaelsklinik am 07.11.2005 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Arbeitsgruppe 4

Die Arbeitsgruppe 4 hat am 08.11.2005 getagt, das Protokoll wird noch erstellt.

Arbeitsgruppe 5

Das Protokoll der Sitzung vom 14.11.2005 ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Greiling informierte kurz über die Entscheidung des Rates zum Thema „Barrierefreier Zugang zur Hermannschule“ und teilte mit, dass er einen Leserbrief vorbereitet hat.

Punkt 7 der Tagesordnung

Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist

Beirat der Arbeitsgemeinschaft Münster

Die Informationen von Herrn Sauer sind dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Frau Dr. Hoppe informierte, dass sie zu dem Bericht „Jahresbericht 2004 zur Kinder- und Jugendarbeit in Münster“ angeregt habe, zukünftig bei den Angeboten in Stadtteilen auch integrative Angebote zu planen und in dem Bericht grundsätzlich auch das Thema Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu thematisieren.

Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft

Herr Knüvener berichtete, dass in den nicht öffentlichen Sitzungen Planungen für Hochhäuser vorgestellt wurden und wies auf die Notwendigkeit hin, bei diesen Planungen auch die Belange behinderter Menschen (u.a. Frage der Rettungswege) zu berücksichtigen.

Gesundheitskonferenz

Herr Knocke hat sich in der letzten Sitzung der Gesundheitskonferenz nach dem Stand

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich

des Themas „Erhebung zur Barrierefreiheit von Arztpraxen in Münster“ erkundigt. Frau Rüter informierte, dass es dazu bereits erste Arbeitsgespräche gab.

Herr Knocke wies ferner darauf hin, dass vom 8.-9.4.2006 in der Halle Münsterland eine Gesundheitsmesse stattfindet.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Holstein wies auf häufige Verspätungen des Fahrdienstes hin und regte an, dieses Thema auch in der KIB aufzugreifen. Frau Rüter informierte, dass Beschwerden zum Fahrdienst im Fahrdienstbeirat besprochen werden und Herr Greiling die Interessen der KIB in diesem Gremium vertritt.

Frau Koch wies darauf hin, dass die Mitglieder der KIB auch noch weitere Personen zu der Veranstaltung am 8.12.2005 mitbringen können, bat aber zwecks Planung um Anmeldung.

Frau Wibben berichtete, dass es zurzeit häufiger Probleme mit dem Zugang zum Stadtweinhaus gibt und behinderte Menschen nach dem Klingeln noch lange warten müssen. Herr Knüvener und Frau Koch regten daher an, für die Veranstaltung am 08.12.2005 zu prüfen, ob eine mobile Rampe vor dem Stadtweinhaus angebracht werden kann. Ferner sollte grundsätzlich geprüft werden, ob dort eine Rampe angebracht werden kann.

Frau Koch informierte, dass die Induktionsschleife im Rathausfestsaal inzwischen wieder funktionsfähig ist.

Ausgehend von einer Anregung von Herrn Knüvener, für 2006 mehr Sitzungstermine vorzusehen, damit die KIB auch in alle Beratungsketten eingebunden werden kann, einigte sich die KIB darauf, es zunächst bei der bisherigen Planung zu belassen und im Bedarfsfall ggf. weitere Sitzungen einzuberufen.

Frau Koch bedankte sich bei Herrn Gruber für die Bereitschaft, das Mikrofon an die jeweiligen RednerInnen weiterzugeben.

Ende der Sitzung: 19:37 Uhr

gez.
Marianne Koch
Vorsitz

gez.
Doris Rüter
Schriftführung

Kommission zur Förderung der
Integration von Menschen mit
Behinderungen

17.11.2005
öffentlich